

Die Agenda 2010 wird zur Legende

Legenden sind verdeckte Lügen, die einen politischen Zweck verfolgen.

Von Hermann Patzak

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 die Agenda 2010 ankündigte, löste er eine Welle der Empörung aus. Empört war vor allem die untere Mittelschicht der Arbeiter und kleinen Angestellten (und ihre Organisationen, die Gewerkschaften). Deren Interessen zu vertreten war von alters her das erklärte Ziel der SPD gewesen. Am 3. März 2003, nach einem Spitzentreffen mit Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften hatte Schröder eingestanden, daß sein „Bündnis für Arbeit“ gescheitert sei¹, weshalb er seine Politik ändern müsse. Die Wirtschaftsbosse² (Dieter Hundt für den Arbeitgeberverband und Ludwig Georg Braun für den Deutschen Industrie und Handelskammertag) begrüßten die angekündigte Wende!

Heute, im Jahr 2013, wird die Agenda 2010 von den deutschen Leitmedien, der Politik und dem Mainstream der Ökonomen-Gilde als größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform der deutschen Geschichte hochgelobt. Sie erklären sie sogar zum Vorbild für die bankrotten Euro-Länder und fordern diese auf, den gleichen Weg einzuschlagen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Es findet sich niemand, der die vordergründig scheinbar plausible Behauptung von dem angeblichen „Jobwunder“ der Agenda hinterfragt. Die Fakten der sinkenden Arbeitslosenzahlen, die von den Agenda 2010 – Verteidigern als Begründung angeführt werden, scheinen dies auch zu belegen³:

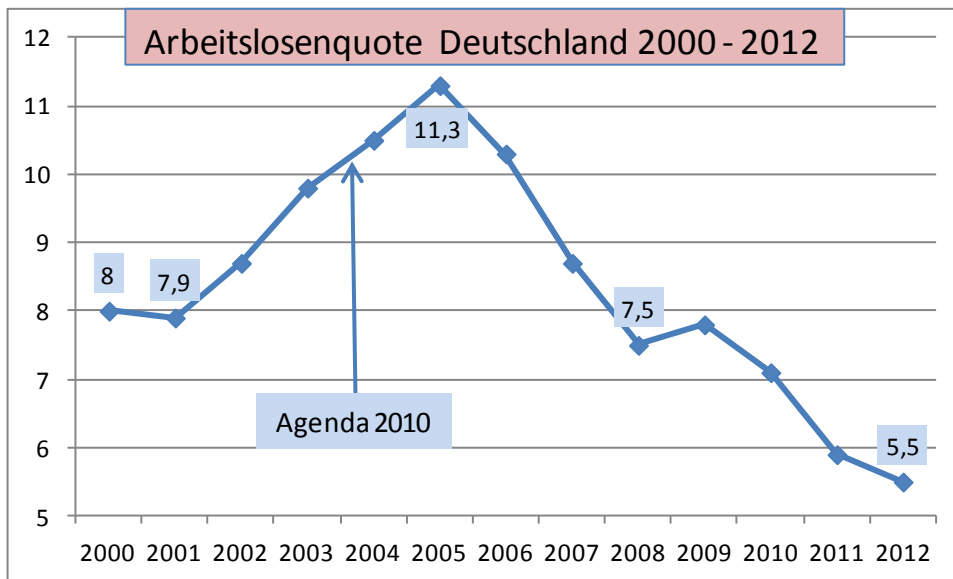


Bild 1

Die Arbeitslosenquote ist von 8 Prozent im Jahr 2000 bis zum Jahr 2005 auf 11,3 Prozent angestiegen, um danach kontinuierlich auf 5,5 Prozent im Jahr 2012 zu sinken, womit der Erfolg der Agenda bewiesen sei – so die Argumentation. Ein weiterer Beweis für den Er-

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 16.12.2003, Seite 3.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Seite 12. HP: Unter diesem schlagkräftigen Slogan hatte Schröder in seiner 1. Amtsperiode versprochen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beseitigen.

³ So z.B. in der F.A.Z. vom 13.03.2013, Seite 10. Die Graphik wurde anhand der Zahlen von EuroStat erstellt, siehe Datei: S_ADJ, Sex insgesamt, Age insgesamt.

folg sei das heutige Wirtschaftswachstum. Schauen wir uns auch die Entwicklung dieser Werte in einer Graphik an und vergleichen wir zusätzlich die Wachstumsraten mit jenen von Griechenland und Irland, die nach Ausbruch der Wirtschaftskrise als erste Euro-Länder zahlungsunfähig wurden⁴:

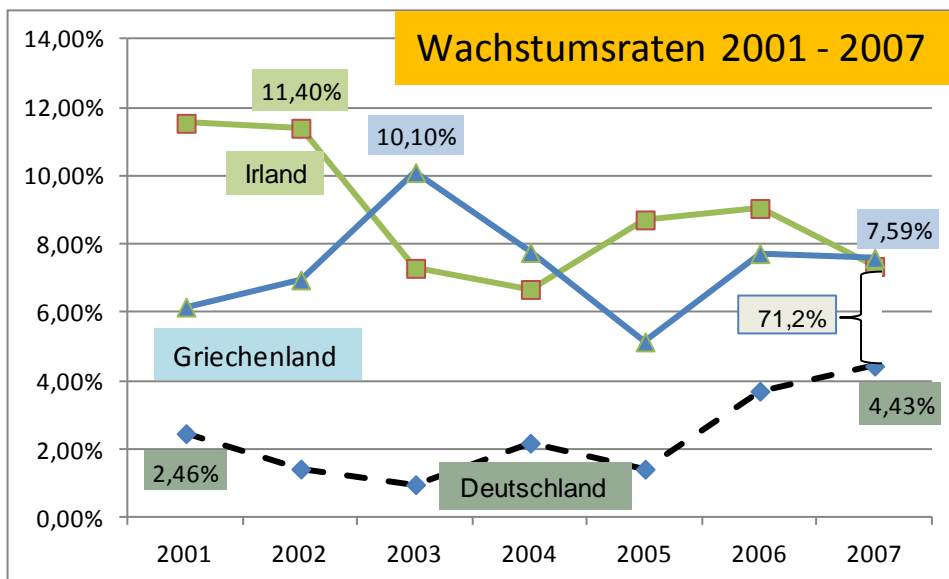


Bild 2

Das jährliche Wirtschaftswachstum war in Deutschland unter zwei Prozent gesunken, und bewegte sich weit unter dem Niveau der späteren Pleite-Länder! Auch im Jahr 2007, dem vierten Jahr nach Beginn der Agenda 2010, lag die Wachstumsrate mit 4,43 Prozent um rund 71 Prozent unter dem Wachstum von Griechenland und Irland! Erst in der Krise, die im Jahr 2009 ihren Höhepunkt erreichte, wechselte sich das Blatt⁵:

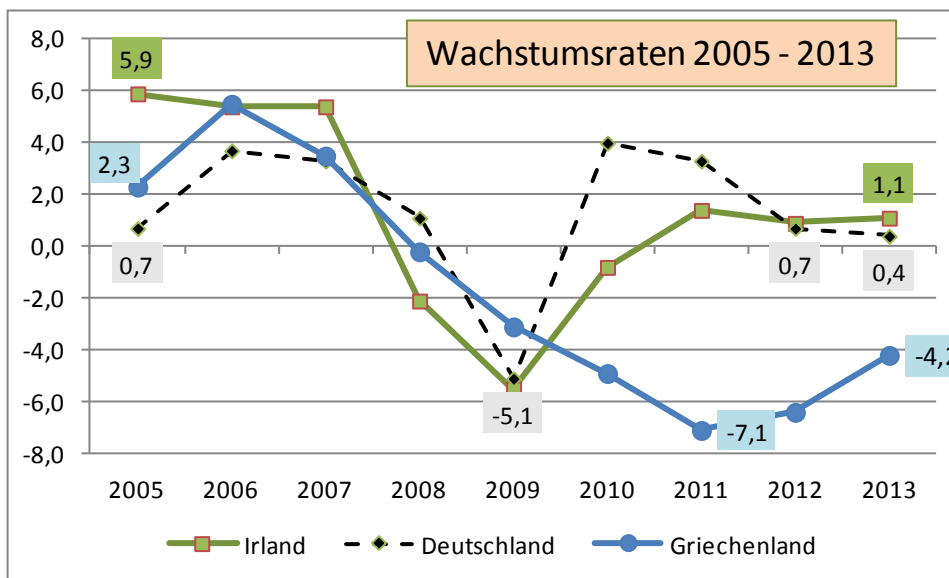


Bild 3

Irland und Deutschland erreichten 2009 den Tiefpunkt der Krise, doch unmittelbar danach wuchs ihr Bruttoinlandsprodukt wieder, wohingegen Griechenlands BIP auch im Jahr 2013 immer noch sinkt. Irland erzielt zwar seit 2011 wieder positive Wachstumsra-

⁴ EuroStat: [tec00001] - Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

⁵ EuroStat: BIP und Hauptkomponenten - Volumen [nama_gdp_k].

ten, was allerdings nichts daran ändert, daß das Land weiterhin zahlungsunfähig ist und von anderen Euro-Ländern alimentiert werden muß. Worauf es hier aber ankommt:

Die Agenda 2010 hat die niedrigen Wachstumsraten Deutschlands, nicht zu steigern vermocht, wie Bild 2 oben zeigt! Sie waren die zwangsläufige Folge der mit der Wiedervereinigung auferlegten Bedingung, die deutsche Wirtschaft dem internationalen Kapital gegenüber noch weiter zu öffnen. Die Deutschen hatten nie eine Chance gehabt, die durch die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft marode gemachte Wirtschaft Mitteldeutschlands in eigener Regie wettbewerbsfähig zu machen. Die Wirtschaft wurde dem freien Kapitalmarkt zum Fraße ausgeliefert und zum erheblichen Teil deindustrialisiert. Als es dann – nach 1997 – gelang, wenigstens die Arbeitslosigkeit allmählich wieder zu reduzieren, war es der Euro, der der deutschen Volkswirtschaft den zweiten Schlag versetzte. Die nachstehende Graphik⁶ veranschaulicht die Entwicklung:

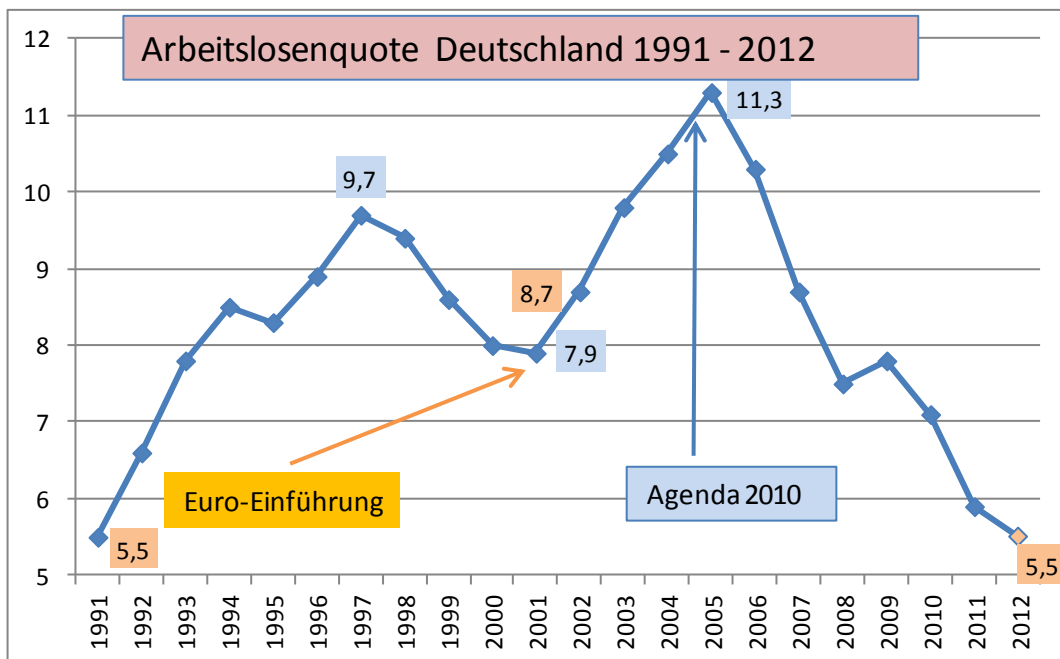


Bild 4

Der Agenda gelang es auch im Jahr 2012 noch nicht, die Arbeitslosigkeit unter das Niveau von 1991 zu senken! Wenn man allerdings die Arbeitslosenquote des Jahres 2002 (= 8,7 Prozent) mit der des Jahres 2012 vergleicht, wie das absichtsvoll in den Medien geschieht⁷, gelingt es freilich, die Agenda als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Und keiner regt sich über diesen offenkundigen Schwindel auf!

Doch kommen wir zu den Fakten zurück: Die gleich hohe Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 sagt noch nichts über die Lebensqualität der Arbeitslosen aus: Die war 1991 wesentlich höher! Die Arbeitslosen 1991 erhielten nämlich zum überwiegenden Teil (77 Prozent) das wesentlich höhere Arbeitslosengeld und nur 23 Prozent die niedrigere Arbeitslosenhilfe. Im Jahr 2012 hatte sich das Verhältnis umgedreht, da erhielten nur noch 16 Prozent das Arbeitslosengeld, das jetzt Arbeitslosengeld 1 heißt, und 84 Prozent⁸ die Arbeitslo-

⁶ EuroStat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppe - Jahresdurchschnitte, % [une_rt_a]-

⁷ Siehe z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.2013, Seite 10.

⁸ Berechnet aus Tabelle des Sachverständigenrates: „Eckdaten zur Arbeitslosigkeit“:

http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/zr_deutschland.html#c181.

senhilfe, die nun den Namen Arbeitslosengeld 2 hat. Der Lebensstandard der Arbeitslosen war demnach 2012 erheblich niedriger!

Die Schönredner der Agenda begründen ihr „Loblied“ vor allem mit der gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen. Sie hat sich von 2004 bis 2012 um 2,9 Mio. auf 41,8 Mio. erhöht⁹. Doch in dieser gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen sind auch die sog. prekären Arbeitsverhältnisse enthalten, die infolge der Agenda sprunghaft angestiegen sind: Die Quote der Zeitarbeiter (Leiharbeiter), die vordem bedeutungslos niedrig war, und die unter den Tariflöhnen bezahlt werden, ist wesentlich größer geworden. Hinzu kamen die Minijobs, Mehrfachjobs, Teilzeit-Jobs, die Ich-AGs und Niedriglöhner (Gastronomie, Frisöre etc.). Viele von ihnen können mit ihrem Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Für sie wurde das Wort „Aufstocker“ erfunden, weil sie ihre Einkommen mit dem Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV) aufstocken müssen. Aber auch die Löhne und Gehälter der Vollerwerbstätigen hielten nicht mehr mit der Produktivitätssteigerung (dem ohnehin niedrigen Wirtschaftswachstum) Schritt, weshalb die Einkommen der deutschen Arbeitnehmer im Vergleich zu den Einkommen in den anderen europäischen Ländern zurückfielen. Vergleichen wir die Wachstumsraten¹⁰:

Wachst. %	BRD	Irland	GrieLa	Spanien	Frankr.	Italien	Portg.	England
Ø 2000-2007	2,5%	9,6%	6,8%	7,7%	4,1%	4,0%	4,6%	5,0%
Ø 2010-2013	2,1%	0,7%	-5,7%	-0,8%	0,9%	-0,4%	-1,2%	0,9%

Nach der Einführung des Euro war das Wirtschaftswachstum Deutschlands unter die Zweitprozentmarke gesunken, wie wir in Bild 2 gesehen haben. Bis zum Ausbruch der Krise (2007) lag das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes weit unter dem der anderen europäischen Länder, wie die erste Zeile der Tabelle belegt. Das änderte sich, nachdem der Tiefpunkt der Krise (2009) überschritten war. Denn jetzt zeigte sich, daß all jene Euro-Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt hatten, nach und nach zahlungsunfähig wurden. Der anfängliche, euroinduzierte Wohlstandszuwachs hatte ihre Wirtschaftskräfte erlahmen lassen. Die Wachstumsraten der Jahre 2010-2013 (Zeile 2) belegen den Umschwung. Die den überschuldeten und unproduktiven Euro-Ländern auferlegten Spar- und Reformprogramme haben diese noch tiefer in die Krise gerissen, weil sie einen negativen Multiplikator-Prozeß (Abwärtsspirale) auslösten. Eine Volkswirtschaft mit eigener Währung hätte sich durch Abwertung aus der Not befreien können. Das aber blieb den Euro-Ländern verwehrt. Auch die von visionären Zwangsvorstellungen getriebenen Europa-Politiker verweigern diese Lösung. Sie halsen die Kosten der Euro-Rettung dem Wahlvolk auf, deren Höhe sie ständig klein reden (W. Schäuble).

Jetzt muten sie den von der Euro-Krise betroffenen Ländern gar zu, sich die Agenda 2010 als Vorbild für die Genesung der eigenen Wirtschaft zu nehmen. Dabei übersehen sie geflissentlich, daß sie in den 4 Jahren nach Inkrafttreten der Agenda die Staatsausgaben um 6 Mrd. Euro (= 8,1%) erhöht¹¹ und zusätzlich die Steuern gesenkt haben. Den Krisenländern haben sie das Gegenteil diktiert: milliardenschwere Einsparungen (Steuererhöhungen und Staatsausgabensenkungen)! Und trotzdem hatte die Agenda nicht den Erfolg, den sie ihre heute andichten, wie wir anhand der Fakten nachgewiesen haben.

⁹ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.2013, Seite 10.

¹⁰ Zahlen berechnet aus EuroStat: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen; nama_gdp_c.xls.

¹¹ Sachverständigenrat 2009, Anhang, Tabelle 22.

Glossar zur Agenda 2010

Das Kernstück der Agenda war die Hartz IV Reform: Die Zahlung des Arbeitslosengeldes wurde auf 12 Monate halbiert, die zeitlich sich anschließende Arbeitslosenhilfe wesentlich gekürzt und mit der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld 2 zusammengelegt.

Auf dem Arbeitsmarkt wurde der Kündigungsschutz gelockert, der Markt für Zeit- und Leiharbeit erweitert sowie Minijobs und Ich-AGs eingeführt, Mehrfachjobs wurden hoffiert. Wenn das Arbeitseinkommen trotz mehrerer Jobs unter dem Sozialhilfeniveau blieb, der konnte die Aufstockung auf dieses Niveau beantragen.

Um eine weitere Steigerung des Krankenversicherungsbeitrags von damals 14,3 Prozent zu verhindern, wurde die Praxisgebühr eingeführt und die Selbstbeteiligung der Patienten erhöht. Heute (2013) ist der Beitragssatz trotzdem auf 15,3 Prozent gestiegen, wobei die Arbeitgeber sich nur noch mit 7,3 Prozent, also weniger als die Hälfte, beteiligen.

Da der Rentenversicherung wegen der hohen Arbeitslosigkeit der Kollaps drohte, mußte auch sie reformiert werden, was für die Rentner ebenfalls Kürzungen bedeutete: Das Rentenalter wurde auf 67 Jahre erhöht, die Rentenanpassungen wurden mit einem neuen Nachhaltigkeitsfaktor ermittelt, der sie von der parallelen Lohnentwicklung abkoppelte. Zusätzlich wurden die Arbeitnehmer aufgefordert, sich mit einer privaten Vorsorge namens Riester-Rente selbst zu sichern, die nachweislich erhebliche Vermögensverluste zur Folge hatte.

Bei der Einkommensteuer wurde der Eingangssteuersatz von 25,9 auf 15 Prozent gesenkt, ebenso der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent, d.h. Geringverdiener und Höchstverdiener zahlen weniger Steuern.